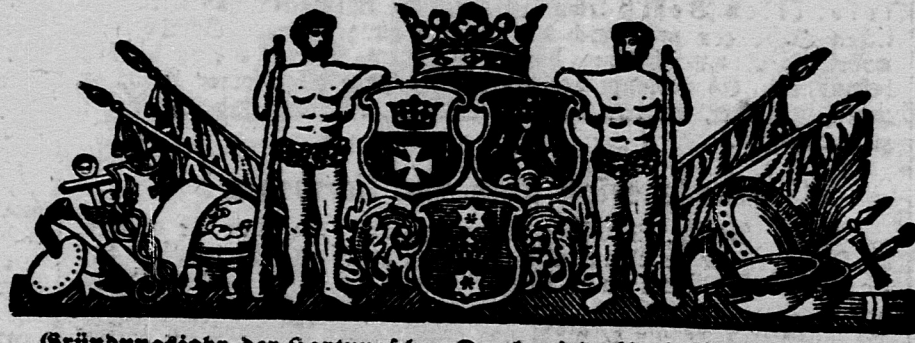


Königsberger Hartung'sche Zeitung.

Die Königsberger Hartung'sche Zeitung erscheint täglich zweimal, wöchentlich zwölfmal. Bezugspreis: Für Königsberg vierteljährlich 5,25 Mk., frei Haus 5,70 Mk.; monatlich 1,75 Mk., frei Haus 1,90 Mk. — Bei der Post: Vierteljährlich 6 Mk., monatlich 2 Mk. (ohne Bestellgeld).

Feldpostbezug täglich unter Kreuzband: monatlich 2,50 Mk., vierteljährlich 7,50 Mk.

Fernsprecher: Schriftleitung 1011, Geschäftsstelle 36, Buchdruckerei 3307, Hauptschriftleitung und Verlag 5.



Gründungsjahr der Hartung'schen Druckerei (weiland Rechner): 1640.

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Münchener Hofstraße 2 und bei allen Anzeigenvermittlungen hier und auswärts entgegen genommen. Preis für die einseitige Kleinzeile oder deren Raum 50 Pfg., für Aufträge außerhalb Ostpreußens 60 Pfg. (Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeiger 40 Pfg.) Vorzugsanzeiger 2,00 Mk. Belegblätter und Einzelblätter 10 Pfg.

Postfach-Nummer: 141, Königsberg.

Berliner Schriftleitung: Berlin, W. 57, An der Apostelkirche 7. (Lagow 6202/3.)

Der Kampf gegen den Nachsuchtfrieden.

Volksabstimmung? — Ostdeutsches Parlament und Nationalversammlung. — Bekundung der Reichstreue Bayerns.

Achselrod verhaftet. — Aufgelöste polnische Volksräte in Schlesien. — Deutsche Handelsschiffe an Polen? — Spaniens Urteil.

Der Memelstrom Landesgrenze?

Von Regierungs- und Bauamt Strauß-Gumbinnen.

Unter den von unseren Feinden uns auferlegten Friedensbedingungen ist bekanntlich auch die enthaltend, daß der Memelstrom die zukünftige Grenze zwischen Deutschland und einem von Gnaden der Entente abhängigen Nachbarstaat — nach den neuesten Nachrichten Polen — bilden soll. Die Grenze soll „stromabwärts“ Schmaleningen dem Hauptschiffahrtskanal der Memel und dem Stirwiesharm des Memelbeltas bis zum Kurischen Haff“ folgen. Sie soll also auf 110 Kilometer den Memel- und Ruchstrom entlang gehen, läßt den Amathstrom mit dem wichtigen Flecken Ruch rechts, also auf polnischer Seite, liegen, biegt hier in den Stirwiesharm ein und führt durch diesen — vermutlich den östlichen der beiden Stirwiesharme, die in den letzten Jahren ausgebauten — „Graben Nr.“ — zum Haff. Anschließend soll die Schiffahrtsrinne — ein Schiffahrtskanal besteht nicht — die eigentliche Grenzlinie darstellen. Der Strom selbst soll uns wohl noch zugänglich bleiben.

Diese Festsetzung bedeutet auch eine der vielen glatten Unmöglichkeiten, die dieser Vertrag uns zu zuzuzuhalt. Ganz allgemein ist ein Strom als Landesgrenze durchaus ungeeignet. Es würde wohl niemand auf den Gedanken kommen, ein Landesgrenze mitten durch eine vielbefahrene Landstraße zu legen, noch weniger ist aber eine verkehrsfähige Wasserstraße dazu geeignet. Schon die frühere sogenannte nasse Grenze gegen Rußland, welche durch ganz unbedeutende Flüßchen wie die Swintoje, Szesupe, Lepohne gebildet war, führte zwischen den beiden Staaten zu dauernden, langjährigen Verhandlungen. Ein Strom ist aber nicht nur eine Verkehrsstraße, sondern er hat auch wichtige, wasserwirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen. Wenn eine Landstraße ein mehr oder minder künstliches Produkt ist, so ist ein Strom ein lebendiger Organismus, der sich Eingriffe ohne weitreichende Folgen auf die Dauer nicht gefallen läßt. Daher ist auch bei allen Stromregulierungen die größte Vorsicht geboten.

Die Schiffahrtsrinne im Strom liegt bekanntlich nicht in der Mitte; sie schlängelt sich vielmehr, je nach der Grundrißgestaltung, der Bodenart usw. von einem Ufer zum andern; sie hat bei hohen Wasserständen einen ganz anderen Verlauf als bei niedrigen. Sie ist und bleibt „flüchtig“. Sie verlegt sich nicht nur von Jahr zu Jahr nach jedem Hochwasser, sondern auch im Laufe des Sommers. Damit verschiebt sich dann auch automatisch die Grenze zwischen den beiden Staaten. Eine solche örtlich nicht festgelegte, weil nicht festzulegende Grenze von 110 Kilometern Länge würde dauernd zu Meinungsverschiedenheiten und großen Streitigkeiten zwischen den Angehörigen beider beteiligten Länder und deren Behörden führen. Die bei uns noch von früher her in überstem Andenken stehenden Grenzstreitigkeiten mit Rußland wären an der Tagesordnung.

Arbeiten zur Unterhaltung der Strombauwerke auf der einen Seite würden ihren Zweck verfehlen, wenn nicht auf dem gegenüberliegenden Ufer in gleicher Weise vorgegangen wird. Eine Verwilderung des Stroms würde durch Arbeiten auf der einen Seite keineswegs verhindert werden. Wir wären also mit unjetigen Maßnahmen dauernd auf das Wohlwollen des anderen Staates angewiesen. Das selbe ist, wenn möglich in noch höherem Maße bei den Baggerarbeiten der Fall. Baggerungen in der Stromrinne zur Erhaltung der Fahrtiefen können naturgemäß nur ohne Rücksicht auf eine politische Grenzlinie vorgenommen werden, wenn sie ihren Zweck erfüllen sollen. Einseitige Baggerungen würden vollständig zwecklos sein, ja unter Umständen direkt zweckwidrig wirken. Die Disposition über diese Arbeiten kann naturgemäß nur von einer Stelle aus geschehen, der auch die Baggergeräte zur Verfügung stehen müssen. Soll darüber wie über die Kostenverteilung auch eine der vielen Kommissionen des Völkerbundes beschließen? Wahrscheinlich soll uns die ehrenvolle Aufgabe der Ausführung zufallen, und die anteiligen Kosten des Nachbarstaates würden uns — gutgeschrieben?

Der Memelstrom ist im Winter ungefähr vier Monate mit Eis beeckt. Es würde dadurch dem Schmuggel auf dem Strom Tür und Tor geöffnet; denn die Eisbede bietet ihrer Länge nach dem Schmuggler bequeme Gelegenheit, sich an jeder Stelle auf ungefähr dem Gebiet zurückzuziehen — eine weitere Quelle von Reibereien zwischen den beiderseitigen Grenzbeamten.

Bekanntlich ist bei dem Memelstrom eine Hochwasserregulierung noch nicht durchgeführt. Die Lösung dieser Frage ist schon seit Jahren Gegenstand der Erwägungen, sie stößt indes wegen der schwierigen Eisverhältnisse und wegen des vorliegenden Hafis auf erhebliche Hindernisse. Im Zusammenhang mit der Regulierung steht das Projekt der Eindeichung der rechtsseitigen Anknüpfung. Es ist klar, daß eine solche Regulierung und Eindeichung nur nach einem einheitlichen Plane denkbar ist. Sie bedingen sehr umfangreiche Ver-

änderungen der Flußsohle, Ausbaggerungen und Niederlegung der Vorländer. Eingriffe auf dem einen Ufer ohne gleichzeitige Maßnahmen am anderen Ufer würden keine Verbesserung, sondern unter Umständen eine Verschlechterung oder Gefährdung des Planes bedeuten. Eingriffe am Strom machen sich nicht nur in unmittelbarer Nähe, sondern auf weite Entfernung hin noch bemerkbar, wie einige Beispiele von vielen zeigen. Schon lange sind aus Schiffahrts- und Handelskreisen berechtigte Wünsche nach einer Verbesserung der „krummen Gilge“ erhoben worden. Eine solche Verbesserung ist jedoch nicht durchführbar ohne eine Rückwirkung auf den Ruchstrom, insofern, als diesem unter Umständen erhebliche Wassermengen entzogen werden und der Wasserstand zu gewissen Zeiten abgesenkt wird. Ebenso bedeutet jede derartige Maßnahme an der Gilge eine Einwirkung auf die Eis- und Hochwasserstandsverhältnisse im Ruchstrom und der weit ausgedehnten Reichweite der Niederrung. Der Ausgleich der Interessen, die in beiden Ländern einander widersprechen, würde natürlich auf die allergrößten Schwierigkeiten stoßen und ein Gegenstand maßvoller Forderungen seitens des Nachbarstaates werden.

Vor zwei Jahren brach bei Hochwasser und Eisgang, wie noch in der Erinnerung sein dürfte, der sogenannte Weidich in Schillingingen. Dadurch wurde der dem Ruch bereits bedenklich nahe gelommene Verbandsdeich bei Kalken gerettet. Wahrscheinlich wäre es sonst nötig geworden, den Schillinginger Deich, der als unterer Deich ungleich geringere Bedeutung hat als die eingedeichte Niederrung mit ihren ungeheuer hohen wirtschaftlichen Werten, künstlich zu durchstechen — wie der Arzt im Notfall ein Glied amputieren muß, um das Leben des Kranken zu retten. In gleicher Weise haben sich die verantwortlichen Stellen im Jahre 1877 genötigt gesehen, die hochwasserfreie Chaussee Rautehnen-Ruch bei Priomischken zu durchstechen, um dem Eis des Ruchstroms einen direkten Zugang zum Stirwiesharm zu ermöglichen und die gefährdeten Dörfer am rechten Ruch-Ufer zu entlasten. Aus alledem ergibt sich, in wie engem Zusammenhang Maßnahmen an einer Stelle des Stromgebietes mit solchen an einer anderen Stelle desselben stehen.

Dies wird auch besonders deutlich bei dem Eisbrechdienst, wie er zur Vermeidung der Hochwasser- und Eisgefahren im unteren Stromgebiet, d. h. von Schanzentrug abwärts, seit 13 Jahren durchgeführt wird. Die Interessen der Anlieger am Strom geben hinsichtlich des Zeitpunktes der Eisaufräumung der Eisbrecharbeiten vielfach auseinander. Die Oberlieger in der uneingedeichten Niederrung (rechts) zwischen Tiltit und der Gilgeabzweigung, aber auch die linksseitigen (also beim Reich verbleibenden) Deichverbände wünschen im allgemeinen einen frühzeitigen Beginn der Eisbrecharbeiten, um die Hochwasserstände zu senken. Die Unterlieger, namentlich von Ruch abwärts, wünschen einen späteren Eisaufräumung, um die Eisbede länger benutzen zu können und in der Annahme, daß das Eis bei längerem Liegen schwächer wird. Besonders kann der am linken Stirwiesharm gelegene Teil der Gemeinde Stirwiesharm betroffen werden. Sie ist dem Eisgang ausgesetzt, der sich aus dem Ruchstrom über den niedrig gelegenen 1 1/2 Kilometer breiten sogenannten Uferwall bei Priomischken in den Stirwiesharm ergießt. Die Gemeinde Stirwiesharm liegt an beiden Ufern, sie würde also politisch halbiert werden. Der auf dem linken Ufer gelegene, also diesseits verbleibende Teil würde also unter Umständen die Folgen eines Eisaufräumung zu tragen haben, der im wesentlichen zum Nutzen von Gemeinden, die auf feindlicher Seite liegen, ausgeführt wird. Seither konnten alle widersprechenden Interessen von einer Stelle aus berücksichtigt werden. Die Leistung der Eisbrecharbeiten kann daher nur von einer Zentralfstelle aus erfolgen. Die hierfür erforderlichen Maßnahmen vertragen vielfach keinen Aufschub. Sie müssen unter Umständen sofort getroffen werden und es wäre ganz ausgeschlossen, sie etwa einer zwischenstaatlichen Kommission zu übertragen. Die Verwaltung der Eisbrecherflotte und die Ermittlung der Kosten muß natürlich ebenfalls in der Hand des Leiters liegen.

Es sei weiter nur kurz an die vielen über den Strom führenden öffentlichen Fährten erinnert, deren Beaufsichtigung im Sicherheitsinteresse und deren Tarifsetzung nun in zwei verschiedenen Händen liegen würde.

Man denke endlich an die Ausübung der Fischerei, die Schifanen seitens eines mißgünstigen Nachbarn würden nicht aufhören. Kurz: die Landesgrenze mitten durch den Strom zu legen, bedeutet eine schroffe Zerstückelung aller Lebensbeziehungen zwischen den Angehörigen beider Staaten. Es ist, als solle ein lebendes Wesen der Länge nach durchgeteilt werden.

Wenn nicht die ausdrückliche Absicht besteht, für Deutschland einen Wust dauernder und ständiger Streitigkeiten zu schaffen, ist eine Grenze wie die gewählte durchaus unverständlich.

Gegen den Versailler Mordplan.

Die Protestrufe aus unserer durch den Versailler Mordplan aufs schwerste bedrohten Provinz häufen sich mit jedem Tage und werden immer dringender und empörter. Wenn auch in Worten verschieden, ist ihr Inhalt unveränderlich der gleiche: Für uns gibt es keine Annahme der Bedingungen! Besdorren sollen die Hände, die diesen teuflischen höllischen Pakt unterzeichneten. Bisher als Deutsche sterben, als Sklaven der von uns befreiten Polen werden!

In Majuren — dort wo der Pole jeden Tag einbrechen kann, ist die Erbitterung ganz besonders groß, werden die Proteste mit besonderem Nachdruck erhoben. Dem Zentralauschuß für den ostpreussischen Heimatdienst gingen neuerdings Telegramme aus folgenden majurischen Ortschaften zu:

Riedwin, Ruchowken, Putten, Czarnia, Nordental, Krupinnen, Groß-Rehnen, Markowken, Rognowken, Kojowken, Urbanen, Rejowisna, Stözen, Gollubien, Schawen, Rogowken, Steinar, Monthen, Friedensdorf, Keliemanen, Gensken, Schlawien, Sapsen, Anowken, Giesen, Orzeskewken, Dulkan, Dwerapken, Sololken, Neuenhof, Stagen, Sozagen, Stulten, Eichhorn, Berowken, Dombrowken, Jalsken, Kojowken, Dohlen, Goretken, Seelken und Kluskenhof. — Aus dieser großen Zahl von Telegrammen ergibt sich ohne weiteres, wie allgemein und tief die Erregung ist.

W.B. Berlin, 15. Mai. In einer gewaltigen Kundgebung gegen den Gewalt- und Nachsuchtfrieden der Entente gestaltete sich eine vom Reichsverband der Grenzmarken-schutzbereine einberufene Protestversammlung auf dem Königsplatz vor dem Reichstagsgebäude. Ungeheure Menschenmengen besetzten den weiten Platz, darunter Frauen, Musikanten und Landvolk. Die Teilnehmer erklärten, sie seien bereit, für die Freiheit der Provinz zu sterben. Die Teilnehmer erklärten, sie seien bereit, für die Freiheit der Provinz zu sterben. Die Teilnehmer erklärten, sie seien bereit, für die Freiheit der Provinz zu sterben.

Ein brauendes Hoch auf das deutsche Volk und Vaterland war das Echo einer Entschloßung, welche gegen die Vergewaltigung der Willkürlichen Richtlinien protestierte und zur Ablehnung jeden Gewalt- und Nachsuchtfriedens aufforderte. Anordnungen der einzelnen Grenzschutzbereiche begaben sich zu Ebert und Scheidemann, während sich die Versammlung schweigend auflöste.

Das „Parlament des Ostens“.

W.B. Berlin, 15. Mai. Zu der Meldung „Ein Parlament des Ostens“ wird von zuständiger Seite bemerkt: daß die Volksvertreter und Vertrauensmänner der Bevölkerung im Osten sich zu gemeinsamen Beratungen in der gemeinsamen Sache der Provinz entschloß haben. Die Teilnehmer erklärten, sie seien bereit, für die Freiheit der Provinz zu sterben. Die Teilnehmer erklärten, sie seien bereit, für die Freiheit der Provinz zu sterben. Die Teilnehmer erklärten, sie seien bereit, für die Freiheit der Provinz zu sterben.

Verdoppelung der Grenzschutztruppen.

B. D. Berlin, 15. Mai. Die bis herige Presse von zuverlässiger Seite aus Berlin erfahren haben will, sind in den letzten Tagen die Grenzschutztruppen auf die doppelte Stärke ihres bisherigen Bestandes gebracht worden.

Die Auflösung des Großen Hauptquartiers in Kolberg soll bisher verschoben werden. Dazu teilt die „National-Zg.“ auf Grund von Informationen an zuständiger Stelle mit: Die Nachricht, daß der Grenzschutz Ost auf das Doppelte verstärkt worden sei, bestätigt sich. Dagegen liegt über eine Verschiebung der Auflösung des Großen Hauptquartiers keine Nachricht vor.

Der Treuschwur der Bayern.

W.B. Bamberg, 15. Mai. In einer mächtigen Kundgebung des bayerischen Volkes gegen den von der Entente beabsichtigten Gewalt- und Nachsuchtfrieden versammelte sich heute mittig im Kaiserpark der Residenz zu Bamberg der bayerische Landtag. Von der Regierung hatten sich die in Bamberg weilenden Minister eingefunden.

Präsident Schmitt eröffnete die Sitzung mit einer kurzen Ansprache, in der er die einige Geschlossenheit Bayerns und des Reiches im Kampfe um die Zukunft betonte. Er schloß mit den Worten: Vor dem Lande darf ich feststellen: Wir

Ganz Ostpreußen gegen den Gewaltfrieden!

Protest der Deutschen demokratischen Partei am Sonnabend, abends 7 1/2, Börse. Redner:

Beutler-Memel, Justizrat Cohn-Königsberg, Grzimmeck-Rastenburg, Immlich-Tiltit, Siehr-Insterburg.